

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. April 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	38, 39	Kastning (SPD)	28, 29
Antretter (SPD)	43	Kirschner (SPD)	16, 25
Frau Blunck (SPD)	44, 45	Dr. Klejdzinski (SPD)	41, 42
Catenhusen (SPD)	7, 8	Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	52, 53
Duve (SPD)	9, 10	Lennartz (SPD)	46, 47
Eigen (CDU/CSU)	5, 6	Dr. Mechttersheimer (DIE GRÜNEN)	13, 21
Dr. Emmerlich (SPD)	3, 4	Müller (Pleisweiler) (SPD)	17, 18
Gansel (SPD)	19, 20	Pauli (SPD)	12, 40
Gerster (Worms) (SPD)	30, 31	Reimann (SPD)	26, 27
Frau Dr. Götte (SPD)	32, 33	Schütz (SPD)	48, 49
Heistermann (SPD)	36, 37	Dr. Sperling (SPD)	1, 2
Heyenn (SPD)	24	Steiner (SPD)	34, 35
Dr. Hirsch (FDP)	14, 15	Stiegler (SPD)	50, 51
Dr. Hitschler (FDP)	22, 23	Wetzel (DIE GRÜNEN)	55, 56
Jäger (CDU/CSU)	11, 54		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich der Bundesminister der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist die Bundesregierung nunmehr in der Lage, darüber Auskunft zu geben, welche Bereiche die von Bundeskanzler Kohl (Tagesschau vom 11. März 1989) angekündigte „Große“ Kabinettsreform berühren wird?
2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wann ist nunmehr mit dieser Kabinettsreform zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Liegt Kindeshandel im Sinne der Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels (BGBI. II 1972, S. 1490) vor, wenn jemand gegen ein Entgelt von 20 000 DM bis 30 000 DM einem Adoptionswilligen ein „Adoptionskind“ aus einem Entwicklungsland verschafft und die Adoption dadurch erreicht werden soll, daß der Adoptionswillige wahrheitswidrig ein Vaterschaftsanerkennnis abgibt?
4. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Hält es die Bundesregierung für geboten, Kindeshandel einschließlich solcher Fälle unter Strafe zu stellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

5. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Weise hat die EG-Kommission den Auftrag des EG-Gipfels vom 12. Februar 1988 erfüllt, für mehr Verfütterung von EG-Getreide zu sorgen?
6. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was hat die EG-Kommission unternommen, um den Auftrag des EG-Gipfels zu erfüllen, die Verwendung von Agrarerzeugnissen als nachwachsende Rohstoffe verstärkt zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

7. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Stimmen Presseberichte, daß die Bundesregierung erneut eine Reform der Aus- und Weiterbildung für Medizinstudierende plant, und welche Voraussetzungen haben sich gegenüber dem erst am 1. Juli 1988 eingeführten Arzt im Praktikum verändert?
8. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Struktur soll ein reformiertes Medizinstudium bekommen, in das u. a. die in der EG-Richtlinie Allgemeinmedizin vorgesehenen 5 500 Praxisstunden integriert werden müssen, und welcher Abschluß ist bei einem reformierten Studiengang vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

9. Abgeordneter
Duve
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Staatsanwaltschaften auf Betreiben des Auswärtigen Amtes gegen jüdische Aussiedler aus der Sowjetunion „wegen des Verdachts der Urkundenfälschung in Zusammenhang mit der Anerkennung als Deutsche“ ermitteln?
10. Abgeordneter
Duve
(SPD) Nach welchen Kriterien unterscheidet das Auswärtige Amt und die Staatsanwaltschaft deutschsprechende Bürger aus Kasachstan, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören von solchen, die den christlichen Kirchen angehören?
11. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Vertreter der SWAPO-Pressagentur in Luanda bei einem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat, bei einer Zweidrittelmehrheit der SWAPO bei den bevorstehenden Wahlen in Namibia werde es in diesem Land einen Einparteiensstaat und keine freien Wahlen mehr geben, und wie bewertet die Bundesregierung die Chancen des Friedens- und Freiheitsprozesses in Namibia angesichts einer Haltung der SWAPO, wie sie in derartigen Äußerungen sichtbar wird?
12. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß Sendungen von ARD und ZDF in immer größerem Umfang nach Südafrika verkauft werden, während angelsächsische Fernsehprogramm-Produzenten die Geschäftsbeziehungen zu dem Apartheid-Staat aus politischen Gründen

drosseln, und ist die Bundesregierung bereit, in Gesprächen mit Verantwortlichen dieser Fernsehanstalten aus außenpolitischen Gründen auf eine Einschränkung solcher Verkäufe hinzuwirken?

13. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der Abhöraktivitäten der National Security Agency durch den SPIEGEL-Bericht vom 20. Februar 1989 ergriffen, um eine weitere Verletzung der Grundrechte der Bundesbürger zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Was hat der Bundesminister des Innern seit seiner Mitteilung vom 31. Januar 1989, er habe die Darstellung der katastrophalen räumlichen und hygienischen Verhältnisse in den Flüchtlingslagern im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz, insbesondere in Kemnath, Weiden, Wernberg und Regensburg, dem bayerischen Staatsministerium des Innern zugeleitet, zur Besserung dieser unhaltbaren Zustände unternommen?

15. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Wird der Bundesminister des Innern seiner Meinung nach seiner humanitären und christlichen Verantwortung und seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Wahrung der Menschenwürde dadurch gerecht, daß er es dabei bewenden läßt, sich auf seine Zuständigkeit zu berufen?

16. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Wie wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger (Empfänger von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung) von Bund, Bundesländern und kommunalen Gebietskörperschaften von 1988 auf die Jahre 2000, 2010 und 2020 entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

17. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)

Welche möglichen Verletzungen des Außenwirtschafts- bzw. Kriegswaffenkontrollgesetzes mit einer ähnlichen Dimension wie der Komplex Giftgas/Libyen und der Komplex Raketen/Irak sind der Bundesregierung noch bekannt?

18. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die MBB-Tochterfirma Trans-Technica eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer Raketenkapazität im Irak gespielt hat, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß diese MBB-Tochterfirma deshalb liquidiert wird?
19. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die „bruch-sicheren Schlagstöcke aus bundesdeutscher Pro-duktion“, die von der israelischen Armee gegen-wärtig „getestet“ werden und die „effektiver als die bisher verwendeten Holzschlagstöcke in den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Gazastreifen eingesetzt werden sollen“ (Frankfurter Rundschau vom 18. April 1989), aus einem im Bundeseigentum befindlichen Unter-nehmen stammen, und welche Möglichkeit hat die Bundesregierung, den Export dieser Schlag-stöcke zu verhindern?
20. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wann und wie ist der Bundesregierung erstmalig bekanntgeworden, daß Firmen aus der Bundes-republik Deutschland an der Entwicklung oder Herstellung von militärisch verwendbaren Rake-ten für den Irak, Argentinien oder Ägypten be-teiligt sein könnten?
21. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Aussage des Pressesprechers des Unternehmens Heckler & Koch bestätigen, nach der im „Rahmen von Militärhilfeabkommen mit Genehmigung des Bundes und teilweise auf Betreiben der Bundes-regierung G3-Lizenzen an staatliche Firmen an-derer Länder vergeben“ wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

22. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Trifft es zu, daß die Auswertungen der Volkszäh-lung vom Mai 1987 ergaben, daß das Angebot an Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutsch-land deutlich höher ist als bis dahin vom Statisti-schen Bundesamt geschätzt?
23. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Wie groß ist die Differenz zwischen den auf Grund der Volkszählung sich ergebenden tat-sächlichen Arbeitsplatzzahlen und den Schät-zungen des Bundesamtes, und welche Ursachen lassen sich für die Differenz anführen?

24. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Welche Gründe waren dafür maßgeblich, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung damit einverstanden ist, „daß auch im Jahre 1989 polnischen und ungarischen Besuchern für kurzfristige Beschäftigungen in der Landwirtschaft grundsätzlich eine Arbeitserlaubnis erteilt wird“?
25. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welchen aufenthaltsrechtlichen Status hat die vom jetzigen Bundesminister der Finanzen, Dr. Waigel, auf einem deutschlandpolitischen Kongreß der CSU am 15. April 1989 in München erwähnte Person und als „einen Skandal“ bezeichneten Fall, (Zitat) „wenn ein hoher polnischer General – kein Aussiedler – heute zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommt und wir ihm auf Grund des deutsch-polnischen Rentenabkommens seine Rente finanzieren müssen“, und wie viele Personen dieses Status befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland?
26. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen Schwerbehinderte, die nur auf Zeit ihre Behinderung anerkannt bekommen haben, mit dem Ablauf der Anerkennung ab dem 60. Lebensjahr nicht verrentet werden konnten und somit trotz angegriffener Gesundheit bis zum 63. oder 65. Lebensjahr weiterarbeiten mußten?
27. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Regelung herbeizuführen, die es für die obengenannte Schwerbehindertengruppe erlaubt, nach dem 55. Lebensjahr auch ohne neue ärztliche Anerkennung ihrer Behinderung ab dem 60. Lebensjahr in Rente zu gehen?
28. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für zumutbar, daß nach dem Gesundheits-Reformgesetz die Bewohner in Alten- und Pflegeeinrichtungen sogenannte Bagatell-Arzneimittel von ihrem knapp bemessenen Taschengeld selbst bezahlen müssen, obwohl solche Arzneien – wie etwa Abführmittel – z. B. für Schwerbehinderte lebensnotwendig sein können?
29. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, kurzfristig für den Bereich der Bagatell-Arzneimittel eine differenzierte Finanzierungsregelung einzuführen, wenn ja, wann und in welcher Form?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Trifft es zu, daß Formationsflüge von strahlgetriebenen Militärflugzeugen in Ramstein anläßlich der Verabschiedung des Befehlshabers der US-Luftstreitkräfte Europa, General Kirk, „im Einvernehmen“ mit dem Bundesministerium der Verteidigung oder zumindest nach dessen vorheriger Information durchgeführt wurden?
31. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine einem Flugtag ähnliche Veranstaltung auf dem Flugplatz für vertretbar, auf dem erst im August 1988 durch ein mißglücktes Flugmanöver zahlreiche Menschen den Tod fanden oder mit lebenslangen Folgen verletzt wurden?
32. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß bei künftigen Kommandowechseln und anderen protokollarischen Anlässen im Bereich der Bundesluftwaffe und bei den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Luftwaffen keine Formationsflüge oder ähnliche Flugvorführungen mit Schaucharakter stattfinden?
33. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung das Problem der „Verfügbarkeit“ weiblicher Sanitätssoldaten – insbesondere im Verteidigungsfall – lösen angesichts der Tatsache, daß der Reservistenstatus zwingend die Wehrpflicht voraussetzt, diese jedoch für Frauen nicht besteht?
34. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ich frage die Bundesregierung, wann der Entwurf der 8. Novelle zum Unterhaltssicherungsgesetz spätestens in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wird?
35. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß bereits im Haushalt für 1988 zusätzliche Mittel in Höhe von 25 Millionen DM für Verbesserungen der Unterhaltsleistungen für Wehrübende enthalten waren, damit Hoffnungen geweckt wurden, die bis heute unerfüllt geblieben sind?
36. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Stimmt die mir vorliegende Information, daß die 8. Novelle zum Unterhaltssicherungsgesetz bereits seit Ende 1987 im „Mitzeichnungsverfahren“ war und dieses Verfahren bereits Mitte letzten Jahres weitgehend abgeschlossen war?
37. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung den Tatbestand länger rechtfertigen, daß Reservisten aus der freien Wirtschaft nach wie vor gegenüber denen aus dem öffentlichen Dienst in einkommensmäßiger und versicherungsrechtlicher Hinsicht benachteiligt werden?

38. Abgeordnete
**Frau
Adler**
(SPD)
- Stimmen Aussagen, daß die Nike-Stellung in Elztal-Dallau (Neckar-Odenwald-Kreis) als militärisches Depot für Waffen, Treibstoffe und Sprengköpfe neben sonstigen Versorgungsgütern in Kürze von Reservisteneinheiten genutzt werden soll?
39. Abgeordnete
**Frau
Adler**
(SPD)
- Welche Überlegungen werden angestellt, um die verkehrliche Anbindung des Depots ohne Belästigungen der Menschen in einem nahegelegenen Wohngebiet und ohne Belastung der Natur sicherzustellen?
40. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Vorgänge im Luftraum über der Stadt Boppard am Dienstag, dem 11. April 1989, wo ein militärischer Tiefflieger beinahe mit einem Hubschrauber kollidierte, der im Auftrag der Stadt Boppard im Stadtwald Bodenkalkungen aus der Luft vornahm, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz gegenteiliger Beteuerungen die Mindestflughöhe immer wieder unterflogen wird?
41. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wieviel Tonnen an Kampfstoffen, Brand- und Nebelstoffen als sogenannte Zweite-Weltkrieg-Altlasten sind bisher auf dem Gebiet der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle in Munster unschädlich gemacht worden, und wie hoch waren dafür die finanziellen Aufwendungen des Bundes?
42. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Reicht die Kapazität aus, um die bisher angefallenen und gefundenen Schadstoffe umweltfreundlich zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

43. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Muß angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) auf der Schienenstrecke Backnang — Murrhardt zwei zusätzliche Eilzughalte nur dann als möglich ansieht, wenn der bestehende Bahnsteig in der betroffenen Gemeinde um ca. 20 Meter verlängert wird und die dafür anfallenden Kosten in Höhe von ca. 18 000 DM durch die Gemeinde oder den zuständigen Rems-Murr-Kreis übernommen werden, davon ausgegangen werden, daß Verbesserungen im Bereich des Eilzugverkehrs in Zukunft von der DB nur noch dann vorgenommen werden, wenn sie von Dritten bezahlt werden?

44. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Welche ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen hätten aus einem leckgeschlagenen Tanker bei Helgoland ausgelaufene 40 000 Tonnen Öl auf die Nordsee und das Wattenmeer, und wie kann eine solche unvorstellbare, aber nicht unwahrscheinliche Katastrophe nach Meinung der Bundesregierung verhindert werden?
45. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitsanforderungen an Schiffe und Besatzungen der auf der Nordsee fahrenden Schiffe und die bestehenden Haftungs- und Versicherungspflichten bei Öl- und Chemikalienunfällen, und wie beurteilt sie die Forderungen nach verschärften Sicherheitsanforderungen und einer verschuldensunabhängigen Haftung für Schäden durch derartige Unfälle ohne Begrenzung der Schadenssummen?
46. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Welche umweltpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den durch Tankerunglücke verursachten Ölpestkatastrophen vor der Antarktis und vor Alaska in bezug auf den Schutz der Nordsee, und welche Vorsorgemaßnahmen sind bisher für ein durchaus mögliches vergleichbares Unglück im Ärmelkanal oder in der Nordsee getroffen worden?
47. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Welche vorbeugenden Maßnahmen zur Rettung der Meere müssen nach Ansicht der Bundesregierung in bezug auf Öl- und Chemikalien Transporte auf Schiffen national und international veranlaßt werden, um die bei der bisher größten Ölpestkatastrophe vor Alaska offensichtlich gewordenen Mängel bei den Sicherheitsanforderungen in bezug auf die Konstruktion der Tankschiffe und die Schiffsmannschaften so schnell wie möglich zu beheben?
48. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Unter welchen Bedingungen ist der Transport und die Förderung von Öl in der Nordsee nach Meinung der Bundesregierung angesichts der beim Unglück vor Alaska bekanntgewordenen umweltschädlichen Verhaltensweisen des Mineralölkonzerns Exxon Corp. weiterhin verantwortbar, und welche Kontrollen, Sicherheitsauflagen, Katastrophenschutzmaßnahmen sind nach den Erfahrungen vor Alaska für Öltransporte und Ölförderung zusätzlich erforderlich, um das auf der Welt einmalige Ökosystem Wattenmeer und die Nordsee vor der drohenden Zerstörung durch eine Ölpest zu bewahren?
49. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Stehen kurzfristig ausreichende technische Geräte und Materialien zur Bekämpfung einer Ölpest in der Nordsee und im Wattenmeer bereit, um z. B. 40 000 Tonnen Öl unschädlich zu beseitigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

50. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung eine attraktive steuerliche Förderung der Nachrüstung von Personenkraftwagen mit Drei-Wege-Katalysatoren vorschlagen und dabei auch vorsehen, daß der Förderbetrag sofort nach der Nachrüstung bar ausbezahlt wird?
51. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Klage der Europäischen Kommission gegen die Regierung der Niederlande wegen deren Förderung von Katalysatorfahrzeugen, und wird sie diesem Rechtsstreit beitreten?
52. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)
- Angesichts der Forderung der Enquete-Kommission nach Reduzierung des Einsatzes von Halonen und Verstärkung der Möglichkeiten der Rückgewinnung frage ich die Bundesregierung, wie hoch die jährliche und die akkumulierte Produktion der einzelnen Halone im Laufe der letzten zehn Jahre war?
53. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)
- Welche Mengen an Halonen sind zur Zeit in festen Anlagen (Halon 1301) und in Feuerlösch-Handgeräten (Halon 1211) in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden, und wie oft werden diese Mengen im Durchschnitt um- oder freigesetzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

54. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß in diesem Jahr rund 60 000 Lehrstellen im Handwerk nicht besetzt werden können, und welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, die zu verstärkter Vermittlung junger deutscher Aussiedler aus den Ostblockstaaten auf diese Ausbildungsplätze im Handwerk führen?
55. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß durch die neuen Berechnungsgrundlagen der BAföG-Sätze (9. AFG-Novelle) für Studierende mit Geschwistern in betrieblicher Ausbildung ca. 15 000 Studierende in Zukunft mit Kürzung oder gar Wegfall der BAföG-Unterstützung rechnen müssen, und welche Effekte auf die Zahl der Geförderten aus diesem Personenkreis wird die Neuregelung haben?

56. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um dieser durch die 9. AFG-Novelle bedingten sozialen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken?

Bonn, den 21. April 1989